

## ZUR AUFNAHME DIPLOMATISCHER BEZIEHUNGEN BONN-PEKING

Der Besuch des Bundesaußenministers Walter Scheel in Peking (10.-14. Oktober) hat zwar in der Bundesrepublik keine China-Euphorie hervorgerufen - er ist weder so sensationell wie die Chinareise Nixons und Tanakas noch so auffällig wie diejenige Gerhard Schröders (1). Dabei hat der Bundesaußenminister durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Peking und im Hinblick auf die von Scheel am 16. Oktober nach seiner Rückkehr nach Bonn angekündigte gegenseitige Errichtung von Botschaften sowie den Abschluß eines Handelsabkommens noch in diesem Jahr an Errungenschaften schon den amerikanischen Präsidenten und den japanischen Premierminister übertroffen.

Während sich ferner die Amerikaner und die Japaner im Verlauf ihrer Besuche in Peking mit den chinesischen Gastgebern gemeinsam um die Formulierung des Shanghaier Kommuniqués (27.2.1972) bzw. des Pekinger Kommuniqués (29.9.1972) kümmern mußten, konnte die deutsche Delegation ganz zielbewußt ihre Reise antreten. Denn das deutsch-chinesische Gemeinsame Kommuniqué wurde schon vor der Abreise Scheels am 29. September in Bonn vereinbart. Es bedurfte nur noch der formellen Unterzeichnung durch die Außenminister beider Seiten. Die Reise wurde weiter technisch dadurch erleichtert, daß Scheel mit dem chinesischen Stellvertretenden Außenminister Ch'iao Kuan-hua, einem Absolventen der Tübinger Universität, "am Rande der UNO-Vollversammlung" (in einem etwas "abseits des Betriebs" hinter dem Plenarsaal liegenden Raum) noch über die Einzelheiten seines Besuches wie die Reiseroute, Besichtigungen in China sowie andere harmlose und unverfängliche Dinge gesprochen hatte. (2). Bei seiner Zwischenlandung in Tokyo hatte Scheel überdies noch die Gelegenheit, sich eine Stunde lang mit dem japanischen Außenminister Ohira zu unterhalten, der Ende September zusammen mit Ministerpräsident Tanaka in Peking die entscheidenden Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und der VRCh geführt hatte. Dennoch meint der "Spiegel"-Korrespondent Günter Gaus, daß die Reisevorbereitungen der Bonner Delegation nicht ganz perfekt gewesen seien: Nach ihm habe Minister Scheel auf dem Flug von Honolulu nach Shanghai seine Mitarbeiter immer noch gerüffelt, weil sie nicht genau hätten sagen können, was das Revolutionskomitee von Shanghai sei, dessen Vizevorsitzender Scheel bei seinem Eintreffen auf chinesischem Boden begrüßen sollte. "Die Auskunft aus Diplomatenumund", so schildert Gaus, "es könne etwas damit zu tun haben, daß die chinesische Revolution in Shanghai begonnen habe, ging phantasievoll an den Tatsachen vorüber" (3). Dies scheint eine Satire zu sein, da man im Bulletin des Presseamts in Bonn ganz genau die Position des Stellvertretenden Vorsitzenden der Stadt Shanghai, Ma T'ien-shui, als

die eines "stellvertretenden Bürgermeisters" zu erklären wußte (4).

Scheel konnte seine Aufgabe so reibungslos erfüllen, daß die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der BRD und der VRCh noch an dem seiner Ankunft in Peking folgenden Tag, dem 11. Oktober, durch die Bekanntgabe des Gemeinsamen Kommuniqués offiziell beschlossen wurde. Das kurze Zeremoniell ohne Ansprachen fand im "Westsaal der Großen Halle des Nationalen Volkskongresses" statt, dem Gegenstück des "Ostsaaals", in dem zwei Wochen zuvor der Anerkennungskakt zwischen China und Japan vollzogen worden war. Scheels Verhandlungspartner und gleichzeitig auch sein Gastgeber war der chinesische Außenminister Chi P'eng-fei, Chinas Stellvertretender Ministerpräsident Lin Hsien-nien nahm ebenfalls an der Unterzeichnungszeremonie des Gemeinsamen Kommuniqués teil. Am 12. Oktober empfing Ministerpräsident Chou En-lai die deutsche Delegation.

Die deutsche Presse sowie die Rundfunk- und Fernsehsender in der BRD haben sich diesmal für die Besichtigung der Großen Mauer und der Ming-Gräber in der Vorstadt von Peking durch Scheel kaum noch interessiert, da all dieses der deutschen Öffentlichkeit anläßlich der Reise von Nixon und Schröder schon mehrfach vorgeführt worden war. Mehr Raum wurde der Beschreibung der freundschaftlichen Atmosphäre auf den Banketten sowie des gewandten Dialogs zwischen Scheel und Chou En-lai gegeben. Nach der Meldung des "Spiegel" hat Chou En-lai im Zusammenhang mit der deutschen Ostpolitik Scheel gegenüber eine sehr geschickte Satire auf die Sowjetunion angebracht: Schon Adenauer habe ja in Vertragsfragen seine Schwierigkeiten mit Chruschtschow gehabt, der den deutschen Kanzler mit dem Hinweis auf die "gelbe Gefahr" zu beeindrucken versucht habe. Fein und spitz habe Chou noch hinzugefügt: "Sie sehen, Herr Scheel, die Russen übernehmen oft etwas von den Deutschen. Lenin lernte von Marx und Chruschtschow von Kaiser Wilhelm II" (5).

Vortrefflich läßt sich Pekings diplomatische Kunst an dem Galadiner ablesen: "Peking-Ente" wird bei solchen Anlässen mit Volkswesen aus der Heimat der jeweiligen Staatsgäste untermalt. Zum Ehrenmahl für Präsident Nixon hatte das Orchester der chinesischen Volksbefreiungsarmee z.B. "America the Beautiful" gespielt (6), für Tanaka war es "Kirschblüte, Kirschblüte" (7). Zu Ehren Scheels wurde die "Aufforderung zum Tanz" von Carl-Maria von Weber dargeboten (8). Die deutsche Delegation, die eigens einen deutschen Meisterkoch nach Peking mitgebracht hatte, ließ bei ihrem Gegenbankett Spätzle mit Kalbsragout und Pfifferlingen servieren. Der in Peking akkreditierte Journalist der FAZ, Ulrich Grudinski, schreibt, die freundliche deutsche Geste sei nach diplomatischer Usance in Peking nahezu einmalig gewesen. Doch fragt er sich: "Aber muß man Eulen nach Athen tragen?"

Gleich nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Peking lobte die Pekingr Volkszeitung am 12. Oktober, daß das deutsche Volk "fleißig und intelligent" sei. Es habe wertvolle Beiträge zum Wohl der Menschheit geleistet. Besonders betont die Zeitung: "Marx und Engels, die großen revolutionären Lehrer des Proletariats und Gründer des wissenschaftlichen Kommunismus wurden in der Rheinprovinz des Königreichs Preußen geboren. Das chinesische Volk hat für das deutsche Volk stets tiefe Gefühle der Freundschaft empfunden". Dagegen erinnern einige deutsche Zeitungen und Zeitschriften in diesem Zusammenhang in aller Unschuld und sogar voller Stolz an die "goldene" Kolonialzeit und die "Kohlenstation der deutschen Flotte" in Ch'ingtao (9).

Einschließlich der BRD sind es jetzt 79 Staaten, die diplomatische Beziehungen zu Peking unterhalten. 30 von ihnen haben erst nach 1970 Peking anerkannt (10). Dazu haben drei Staaten (Burundi, Ghana und Tunesien) die zeitweilig unterbrochenen Beziehungen mit Peking wiederaufgenommen. Mit Ausnahme der BRD hat Peking in allen Fällen der Neuaufnahme diplomatischer Beziehungen seine "Hallstein-Doktrin", nämlich den Anspruch auf die Alleinvertretung für das ganze China, zur Geltung gebracht. Diese kommt in den gemeinsamen Kommuniqués mit drei unterschiedlichen Nuancen zum Ausdruck:

1. Die härteste Formel umfaßt sowohl die Anerkennung Pekings als "einzige rechtmäßige Regierung Chinas", als auch die Kenntnisnahme oder Respektierung der chinesischen Erklärung, daß "Taiwan ein untrennbarer Teil des Territoriums der Volksrepublik China" ist (11).

2. Die milde Formel enthält nur die Anerkennung Pekings als Alleinvertretung für das ganze China (12). Dies schließt aber praktisch auch die Zwei-China-Theorie aus.

3. Die noch mildere Formel besteht lediglich in einer allgemeinen Erklärung über die gegenseitige Respektierung der "Souveränität und territorialen Integrität" (13). Dies gibt aber Peking auch die Bewegungsfreiheit gegen die Anerkennung der "Zwei Chinas", da Peking von sich aus die Formel immer so interpretieren kann, daß Taiwan ein Bestandteil der VRCh sei.

Die BRD hat mit Peking bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein ganz schlichtes Gemeinsames Kommuniqué abgeschlossen, in dem weder eine klare noch eine verborgene Taiwan-Formel zu entdecken ist. Der gesamte Text besteht aus nur einem Satz und lautet: "Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Volksrepublik China haben am 11. Oktober 1972 beschlossen, diplomatische Beziehungen aufzunehmen und in kurzer Zeit Botschafter auszutauschen."

Den Grund für das Ausbleiben einer Taiwan-Formel hier sehen viele darin, daß von Anfang an keine diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Taipei bestanden. Doch andere

Staaten, die - wie Österreich, Island und San Marino - niemals offizielle Beziehungen zu Taipei unterhalten hatten, haben es bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Peking nicht vermeiden können, offen im Kommuniqué die Taiwan-Formel hinzunehmen. Auch die Malediven, die ebenfalls keine Beziehungen zu Taiwan hatten und erst nach der BRD, am 14. Oktober, diplomatische Beziehungen mit Peking aufgenommen haben, mußten die Taiwan-Formel akzeptieren. Sogar die Kommuniqués Pekings mit Großbritannien und mit den Niederlanden über die Anhebung diplomatischer Beziehungen von der Geschäftsträger- auf die Botschaftebene sind mit der "härtesten Taiwan-Formel" versehen. Hinzu kommt, daß die chinesischen und die deutschen Vertreter mehr als zwei Monate lang über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen verhandelt haben. Ganz sicher ging es dabei nicht nur um den einen Satz, der in dem Gemeinsamen Kommuniqué steht. Für den Verzicht auf die Taiwan-Formel in dem Kommuniqué mit Bonn muß Peking andere Gründe haben.

Vor allen Dingen war es für Peking bei seinem Anspruch auf die Alleinvertretung für das ganze China schwierig, gegenüber Bonn Argumente zu finden, wenn es andererseits die Existenz zweier ihrerseits versteift sich zwar nicht mehr in jedem Fall auf die Hallstein-Doktrin, doch ist ihr wiederum nicht zuzumuten, ohne weiteres Pekings "Hallstein-Doktrin" gutzuheißen. Denn eine einseitige Anerkennung des Alleinvertretungsanspruchs Pekings für das ganze China in einer Regierungserklärung, ohne daß gleichzeitig die Deutschlandfrage erwähnt wird, könnte der Bundesregierung vor allem von Seiten der Opposition Kritik mit der Begründung eintragen, daß sie die nationalen deutschen Interessen vernachlässige.

Offensichtlich hat die Frage von Westberlin es Peking besonders schwermacht, die Forderung nach einer Taiwan-Formel bei der Bundesrepublik durchzusetzen. Denn während Bonn bei Normalisierung seiner Beziehungen zu allen kommunistischen Ländern einschließlich der VRCh eine Westberlin-Klausel im Vertrag festlegen möchte, will Peking seit jeher Westberlin als Teil des Territoriums der DDR ansehen. Noch vor kurzem hat Peking Moskau den Vorwurf gemacht, es habe die Interessen der DDR durch das Berlin-Abkommen verkauft. Eine voreilige Annahme der Westberlin-Klausel durch Peking könnte nicht nur seine Beziehungen zur DDR belasten, sondern es auch in Verlegenheit wegen der Frage bringen, warum Peking, wenn es doch des Status quo von Westberlin anerkennt, die anderen Staaten noch mit der Taiwan-Formel bedrängt. So ist es der Bundesregierung auch nicht gelungen, die Westberlin-Klausel im Gemeinsamen Kommuniqué zum Ausdruck zu bringen. Lediglich hat Peking dem Vernehmen nach eine interne Einwilligung gegeben, in Zukunft in konkreten Fragen entsprechend der bereits entstandenen tatsächlichen Lage in Westberlin zu handeln. Daher zeigt die schlichte Form des Gemeinsamen

Kommuniqués über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Peking wohl eher einen Kompromiß, mit dem man die Komplikationen der Westberlin- und Taiwan-Frage vermeiden will, als daß die Vermutung zutrifft, zwischen beiden Seiten habe von Anfang an kein Problem bestanden (15).

Unmittelbar nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen drang Scheel in Peking auf Abschluß eines Handelsvertrages, eines Luftverkehrsabkommens sowie einer Vereinbarung über Kulturaustausch (16). Die deutsche Seite wollte wahrscheinlich versuchen, durch rasche Unterzeichnung eines Vertrages mit Peking die Vertretung Westberlins durch Bonn noch schnell nach außen hin zu fixieren. Die chinesische Seite zeigt zwar großes Interesse an Bonns Initiative, doch scheint sie es nicht so eilig zu haben. Abgesehen von Verzögerungen, die - wie man vermutet - durch Schwierigkeiten wegen der Kreditannahme hervorgerufen wurden, dürfte Peking es wohl darauf anlegen, eine Regelung der Westberlin-Frage durch einen bereits in Aussicht stehenden Grundvertrag zwischen der BRD und der DDR abzuwarten. Denn Peking betrachtet die Lösung aller Fragen, die geteilte Staaten betreffen, als innere Angelegenheit dieser Staaten und ist daher gegen eine Einmischung der Großmächte. So hat es das Berlin-Abkommen der Vier Mächte entgegen dem Bonner Standpunkt - mißbilligt, zeigt sich aber an den Verhandlungen über den Grundvertrag interessiert. Auf dem Bankett zu Ehren Scheels hat der chinesische Außenminister Chi P'eng-fei in einer Tischrede das Fehlen eines Friedensvertrages für Deutschland bedauert. Auch Chou En-lai bezeichnete im Gespräch mit Scheel den Zustand des geteilten Deutschlands als "anomal". Aber auch hier handelt es sich wohl eher um die "Solidaritätserklärung" eines anderen "geteilten Staates" als um eine reine Sympathieumgebung der "Großmacht China".

Über den Stellenwert der Chinapolitik sind die Meinungen in der BRD unterschiedlich. Die Regierung Brandt/Scheel hat in der Ostpolitik Moskau die Priorität gegeben. Offenbar hat sie für die Aufnahme diplomatischer Be-

ziehungen mit Peking bereits vorher das Einverständnis Moskaus gehabt. Als Scheel China besuchte, war Staatssekretär Egon Bahr zur gleichen Zeit in Moskau. Nach außen hin wurde dieser Besuch allerdings mit Verhandlungen zum Abschluß eines Grundvertrages zwischen der BRD und der DDR begründet. Scheels Reise ist in Osteuropa kaum auf Kritik gestoßen. Allerdings argwöhnt die Presse in der Sowjetunion und in den Moskau nahestehenden Ländern, daß Peking noch andere Interessen als nur die Aufnahme bilateraler Beziehungen zu Bonn verfolge, und hat Angst vor einer antisowjetischen Politik Chinas in Westeuropa (18). Der besondere Unwille der DDR über die neuen Beziehungen zwischen Peking und Bonn ist verständlich. Das SED-

Zentralorgan "Neues Deutschland" wies rügend darauf hin, daß sich der chinesische Ministerpräsident Chou En-lai mit der Besetzung der Bundeswehrmaschine, die die deutsche Delegation nach China geflogen hatte und die Uniform der Luftwaffe trug, fotografieren ließ (19). Tatsächlich gibt es auch in der Bundesrepublik noch Leute, die weiterhin in den traditionellen Gedankengängen der Geopolitik befangen sind und gern in der China-Politik eine Karte gegen Moskau sehen, obwohl in einer nuklearen Zeit die politische Strategie mit anderen Maßstäben gemessen werden muß. Die gegen die Sowjetunion gerichtete Zangenstrategie zwischen dem Reich Hitlers und Japan hat sich schon im letzten Weltkrieg als wirkungslos erwiesen. Freilich ist Politik eine "Kunst des Möglichen". Für die Bundesrepublik ist es wahrscheinlich leichter und auch vorteilhafter, die beiden kommunistischen Giganten zum Wettbewerb um gute Beziehungen mit Bonn - zumal im Hinblick auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit - zu ermuntern, als sie politisch gegeneinander auszuspielen. Unbeirrt hat Scheel in seiner Tischrede bei dem Bankett seines chinesischen Amtskollegen gesagt: "Wir treiben keine Machtpolitik". Auch der chinesische Außenminister lehnte in seiner Tischrede bei dem Abschiedsbankett Scheels die Machtpolitik und Hegemonie ab. Dazu betonte er, daß die friedliche Koexistenz nicht nur das Prinzip für die Regelung der Beziehungen zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftssystemen sein solle, sondern auch für diejenigen mit gleichem Gesellschaftssystem Geltung haben müsse (21). ni

- (1) Zu Schröders Besuch in der VRCh s. "Schröder auf der chinesischen Mauer", C.a. Juli 1972, S.18 ff.
- (2) NZZ 10.10.72
- (3) Spiegel 16.10.72 S.24
- (4) Bulletin Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nr.143, Bonn, 13.10.72, S.1723
- (5) Spiegel a.a.O. S.24
- (6) NCNA 21.2.72
- (7) JMJP 29.9.72
- (8) FAZ 13.10.72
- (9) Vgl. Spiegel a.a.O.S.28 ff; Bunte Illustrierte 19.10.72 S.141 ff.
- (10) Dies sind: Kanada (13.10.70), Äquatorial-Guinea (15.10.70), Italien (6.11.70), Äthiopien (1.12.70), Chile (5.12.70), Nigeria (10.2.71), Kamerun (26.3.71), Kuwait (29.3.71), San Marino (6.5.71), Österreich (26.5.71), Sierra Leone (29.7.71), Türkei (4.8.71), Iran (16.8.71), Belgien (25.10.71), Peru (2.11.71).

- Libanon (9.11.71), Ruanda (12.11.71), Senegal (7.12.71), Island (8.12.71), Zypern (14.12.71), Malta (31.1.72), Mexico (14.2.72), Argentinien (19.2.72), Mauritius (15.4.72), Griechenland (5.6.72), Guyana (27.6.72), Togo (19.9.72), Japan (29.9.72), BRD (11.10.72), Malediven (14.10.72).
- (11) Unter diese Kategorie fallen die Kommuniqués mit Kanada, Italien, Chile, Belgien, Peru, dem Libanon, Island, Malta, Argentinien, Griechenland, Japan und den Malediven. Mit Ausnahme von Island und der Malediven hatten alle diese Staaten vorher diplomatische Beziehungen mit Taipei unterhalten.
- (12) Kommuniqués in dieser Form sind die mit Äquatorial-Guinea, Äthiopien, Nigeria, Kamerun, Kuwait, San Marino, Österreich, Sierra Leone, der Türkei, dem Iran, Ruanda, Senegal, Zypern, Mauritius und Togo. Unter ihnen mußten Kamerun, Kuwait, Sierra Leone, die Türkei, der Iran, Ruanda, Senegal, Zypern und

(13) Togo ihre Beziehungen zu Taipei abbrechen, während die übrigen ursprünglich keine Beziehungen zu Taipei unterhalten hatten. Darüber hinaus handelt es sich zumeist um afro-asiatische Länder. Bislang hat Peking nur mit zwei lateinamerikanischen Ländern - Mexico und Guyana - unter Verwendung dieser Formel Gemeinsame Kommuniqués abgeschlossen. Während Guyana vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen bereits Handelsbeziehungen zu Peking unterhielt, hatte Mexico seine Beziehungen mit Taipei vor der Übereinkunft mit Peking abgebrochen.

- (14) Vgl. C.a. Sept 1972 S.1, Welt und FAZ 30.9.72
- (15) Dazu vgl. C.a. Juni 1972 S.29 ff., Juli 1972 S.16 f.
- (16) FAZ und Welt 12.9.72
- (17) Vgl. Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nr.143, 13.10.72, S.1721, Welt und FAZ 12.10.72
- (18) Dazu vgl. Radio Moskau (russ.) 12.10.72; Prace, 12.10.72, Solowo Powszechno (Warschau) 13.10.72 und Magyarorszag (Budapest) 12.10.72
- (19) Neues Deutschland 15.10.72
- (20) Bulletin, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Nr.143, 13.10.72, S.1722
- (21) NCNA 14.10.72

**WERDEN DIE OFFIZIELLEN BEZIEHUNGEN DEN AUSSENHANDEL MIT DER VR CHINA FÖRDERN?**

Man hat - teils im positiven, teils im negativen Sinne - immer wieder behauptet, daß die BRD einer der wichtigsten Handelspartner Chinas sei, weil sie seit 1968 auf der Rangliste der chinesischen Handelspartner hinter Japan und Hong Kong den dritten Platz einnimmt. Daß die BRD, die bis zum vorigen Monat ohne jegliche amtlichen Beziehungen mit China war, einen so hohen Rang in den chinesischen Handelsbeziehungen erringen konnte, wurde viel bestaunt und meist überbewertet. Denn man ignoriert dabei bewußt oder unbewußt, daß der seit 1965 größte Handelspartner der VRCh - Japan - bis zu Tanakas Pekingreise ebenfalls keine amtlichen Beziehungen mit China unterhielt (abgesehen von den jeweils auf ein unterhielt (abgesehen von den jeweils auf ein Jahr befristeten halboffiziellen LT (MT)-Abkommen). Kong, unterhält wegen seines kolonialen Status keine Beziehungen amtlicher Art zu China und wird sie auch in Zukunft nicht unterhalten. Außerdem zeigt eine Analyse der zehn wichtigsten Handelspartner Chinas von 1968 bis 1970 deutlich, daß von den zehn Ländern 1968 nur drei, 1969 nur zwei und 1970 nur vier diplomatische Beziehungen mit China hatten (vgl. Tabelle 1).

Das Schwergewicht des chinesischen Außenhandels liegt also gerade bei den Ländern, mit denen China keine amtlichen Beziehungen unterhält. Diese Tatsache besagt: 1. Um einen hohen Außenhandelsumsatz mit China zu erzielen, bedarf es keiner amtlichen Beziehungen. 2. Die Aufnahme amtlicher Beziehungen bedeutet keineswegs immer auch eine Verbesserung des Außenhandels mit China.

Der Außenhandel dient China zwar oft als Instrument zur Erreichung seiner außenpolitischen Ziele; er wird jedoch grundsätzlich von ökonomischen Faktoren bestimmt (z.B. besserer Qualität, niedrigeren Preisen, kurzen Transportwegen usw.). So sind auch die "Errungenschaften" der BRD im Chinahandel überwiegend auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie zurückzuführen. Denn China hätte die von ihm benötigten Industriegüter statt von der BRD ebenso gut nur von Großbritannien bzw. Frankreich beziehen können, die ja beide die VRCh schon seit längerem anerkannt haben, wenn nicht wirtschaftliche Gründe für die BRD gesprochen hätten.

Der im Außenhandel der VRCh seit 1968 auf dem dritten Platz stehende Außenhandel der BRD mit China hat wertmäßig an dem gesamten Außenhandelsumsatz der BRD keinen bedeutenden Anteil.

**Tabelle 2: Der Anteil des Chinahandels am gesamten Außenhandelsumsatz der BRD (in Mill. \$) (2)**

	1962	1966	1967	1968	1969	1970
Gesamtumsatz	25 544,0	38 157,0	39 087,0	44 992,0	53 978,0	64 003,0
davon China	70,5	221,9	283,0	259,4	246,1	251,6
in v.H.	0,3	0,6	0,7	0,6	0,5	0,4